

Netz von „Europa-Beauftragten“ gefordert

Anträge auf EU-Fördergelder müssen bestimmte Zielsetzungen erfüllen. Kontaktstelle bietet Hilfen an.

NRW. Laut einer Studie der Auslandsgesellschaft Deutschland aus 2009 liegt Nordrhein-Westfalen mit 795 Städtepartnerschaften (darunter auch Kreise und Gemeinden) auf Rang 3 hinter Bayern und Baden-Württemberg. Die häufigsten Partnerschaften gibt es mit Frankreich, Großbritannien und Polen, danach folgen die Niederlande und Belgien.

Nachdem in den 1950er-Jahren bereits vereinzelte Partnerschaften entstanden waren, kam es nach dem Elysée-Vertrag von 1963 zu einer regelrechten Gründungswelle

zwischen Deutschland und Frankreich. Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung und des Deutsch-Französischen Instituts (DFI) aus 2018 war zu Beginn die Aussöhnung mit einem ehemaligen Kriegsgegner eins der zentralen Gründungsmotive.

Zwischen 1985 und 1995 ermöglichten gleich mehrere Faktoren eine zweite Welle an Partnerschaften: das Ende des Kalten Krieges, die Wiedervereinigung und das stärkere Zusammenwachsen auf europäischer Ebene, das 1995 in den Maastrichter Vertrag mündete. Im Schnitt 58 neue

Partnerschaften wurden in dieser Zeit pro Jahr geschlossen.

Seitdem ging die Zahl der Neugründungen deutlich zurück. „Es gibt eine gewisse Sättigung“, sagt Eileen Keller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DFI in Ludwigsburg und eine der Studienautorinnen.

Beratung bei der Organisation von Städtepartnerschaften bietet die Kontaktstelle Deutschland des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ in Bonn, unter anderem in Seminaren. „Wir versuchen zu ergründen, was die

Partnerschaftsvereine brauchen. Geld? Neue Ideen? Jeder geht am Ende mit einem kleinen Paket da raus“, sagt Leiter Jochen Butt-Posnik. Wie man erfolgreich Anträge auf EU-Fördergelder stellt, dabei helfe die Kontaktstelle auch. „Weinfeste zum Beispiel, beliebt in vielen Städten, werden nicht gefördert. Die EU verlangt konkrete Zielsetzungen.“ Das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ sei auf sieben Jahre angelegt und mit 183 Millionen Euro finanziert. Ab 2021 starte ein neues Programm, so Butt-Posnik, dessen Fi-

nanzrahmen aber noch nicht geklärt sei. In einer Stellungnahme dazu fordert der Europäische Ausschuss der Regionen (AdR), die Einrichtung eines Netzes von „Europa-Beauftragten“ in der Stadt oder dem Kreis nach dem Vorbild der österreichischen Europa-Gemeinderäte.

Diese könnten den Kommunen und Vereinen zum Beispiel bei der Antragstellung helfen. Der AdR ist eine beratende Einrichtung der EU, die Regionen und Städten in der EU ein förmliches Mitspracherecht bei der Gesetzgebung verschafft. *bär*